

Gesetzentwurf

Land will Gedenkstätten in Stiftung bündeln

Bestand und die Arbeit der einzelnen Stätten sollen langfristig gesichert werden

erstellt 19.01.06, 17:09h



Besucher gehen über das Gelände der 1996 gegründeten Gedenkstätte Deutsche Teilung an der Autobahn 2 zwischen Helmstedt und Marienborn. (Foto: dpa)

Magdeburg/dpa. Sachsen-Anhalt will seine fünf Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft und Unrechtsregimen in einer Stiftung bündeln. Innenminister Klaus Jeziorsky (CDU) brachte dazu am Donnerstag einen Gesetzentwurf der Landesregierung in den Landtag ein. Der Schritt sei notwendig, um den Bestand und die Arbeit der einzelnen Gedenkstätten langfristig zu sichern und leichter zusätzliches Geld etwa vom Bund einwerben zu können, sagte er. Andere Länder hätten bereits gute Erfahrungen mit ähnlichen Einrichtungen gemacht.

Die «Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt» soll am 1. Januar 2007 ihre Arbeit aufnehmen und vom Land durch jährliche Zuschüsse unterstützt werden. Sie soll die Trägerschaft über folgende Einrichtungen übernehmen: die Gedenkstätte für Opfer der NS-Euthanasie Bernburg, die Gedenkstätte am früheren KZ Langenstein-Zwieberge, die Gedenkstätte im früheren Gefängnis «Roter Ochse» in Halle, die Stasi-Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

Für die KZ-Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin im Landkreis Wittenberg sieht der Gesetzentwurf für die Stiftung eine Aufnahmeklausel vor. Weil Verhandlungen mit dem Bund noch nicht abgeschlossen seien, habe diese Stätte noch nicht in die Trägerschaft des Landes überführt werden können, sagte Jeziorsky. Für die Errichtung der Stiftung sind im Haushaltsjahr 2006 knapp 1,6 Millionen Euro eingeplant.

Die Oppositionsparteien SPD und Linkspartei kritisierten, dass der Gesetzentwurf über das seit längerem geplante Vorhaben sehr spät in den Landtag komme. Das Gesetz könne in dieser Legislaturperiode nur noch im Februar beschlossen werden, so dass wenig Zeit für sachgerechte Beratungen sei. Beide Parteien forderten zudem, die Aufnahme der Gedenkstätte Lichtenburg in die Stiftung verbindlicher festzulegen.

[http://www.mz-de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1137662012371&openMenu=1012569559775&calledPageId=1012569559775&listid=1016799959889](http://www.mz.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1137662012371&openMenu=1012569559775&calledPageId=1012569559775&listid=1016799959889)